

Der Volksfreund

Wochenschrift für die Deutschen Polens in Stadt und Land.

Nr. 43.

Sonntag, den 22. Oktober 1922.

4. Jahrgang

Verlagsgesellschaft „Lobzer Freie Presse“ m. b. H.
Petrikauer Straße Nr. 86. Geldsendungen und Buch-
schriften sind an den Verlag zu richten.

Verantwortliche Schriftleiter: Albert Freyer.
(literar. Teil) und Rudolf Rosenfeld, (Politik
u. Briefe). Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

Bezugspreis mit Postzustellung 1000 Bl. vierteljährlich
f. Deutschland RM. 30.— Anzeigenpreis: für die sechs-
gespaltene Kleinzeile R. 10.—, für Deutschland R. 10.—

Zur Wahl!

Ein Jagen und Fragen,
Ein Hasten ohn Rasten
Ergreift unsre Reihen.
Männer und Frauen
In Polens Gauen,
Sie bilden Parteien.

Wer wollte und sollte
Nicht streiten beizeiten
Für Recht und für Gleichheit?
Fluch dem und Schande
Im Volksverbande
Der scheut die Wahrheit.

Genossen! geschlossen
Laßt kriegeln und siegen
Im Kampf uns für Freiheit!
Mit Leib und Seele
Ein jeder wähle
Und fliehe die Lauheit!

Verbittert, zersplittert
Der Feinde Gemeinde
Im Bereiten euch Qual!
Beweist eur' Treue
Dem Staat aufs neue
Durch pflichtgetreue Wahl!
h. Badke.

An alle Deutschen Polens!

In einer ernsten Stunde ergeht an Euch alle
der Ruf:

Deutsche, schließt Euch zusammen!

Am 5. und 12. November dieses Jahres fin-
den die Wahlen zum Sejm und Senat der Re-
publik Polen statt. An diesem Tage wählt die
gesamte erwachsene Bevölkerung Polens 444
Sejmabgeordnete und 111 Senatoren. Der aus
diesen Vertretern bestehende Sejm und Senat bil-
den die obersten gesetzgebenden Körperschaften un-
seres Staates. Der Sejm und Senat schaffen
alle Gesetze, die unser politisches und wirt-
schaftliches Leben regeln und denen wir uns
fügen müssen. Der Sejm und Senat wählt den
neuen Staatspräsidenten und bestimmt
die neue Regierung, mit einem Wort von
diesen beiden obersten Körperschaften hängt unser
Wohlergehen in den nächsten fünf Jahren ab.
Wählen wir schlechte Vertreter, so werden wir eine
schlechte Regierung, schlechte Politik und schlechte
Wirtschaft haben. Wir müssen solche Vertreter
wählen, die unsere Interessen verteidigen werden,
die uns vor Unrecht beschützen und in jeder Be-
drängnis beistehen werden. Solche Vertre-
ter tun uns dringend not, denn wir

werden auf Schritt und Tritt benachteiligt. Die
in der Konstitution verbürgte Gleichberechtigung
steht nur auf dem Papier; in Wirklichkeit werden
wir als Bürger zweiter Klasse be-
handelt, die wie Sklaven alle Pflichten erfüllen
müssen, aber keine Rechte genießen.

Unsere Sprache und unser Volkstum sind jetzt
schon bedroht, unseren Kindern wird jetzt schon
die Möglichkeit genommen, den Schulunterricht in
der Muttersprache zu empfangen. Uns Deutsche,
die wir dieses Land seit altersher lieb haben, be-
trachtet man als lästige Eindringlinge
und versperrt uns überall den Weg zum Fort-
kommen. Weil wir uns unserer Muttersprache
bedienen, erschwert man uns in allen Ämtern
die Erledigung unserer Angelegenheiten und schika-
niert uns, wo man nur kann. Durch diese nie-
derträchtigen Mittel will man uns alle lang-
sam zugrunde richten oder aber uns
zwingen, unser Volkstum, unsere Sprache und
Eigenart, die wir von unseren Vätern ererbt
haben, zu verleugnen. Man will uns un-
serer heiligsten Güter berauben, in-
dem man uns selbst zu Verrätern am
eigenen Volkstum machen will.

Nie aber werden wir dies tun,

solange noch ein gesunder Kern in uns steckt.
Wie aber wehren wir uns vor den ungeheuerlichen
Uebergriffen und den Gewalttaten, die an uns
verübt werden? Dies können wir nur tun,
wenn wir

eigene deutsche Vertreter

im Sejm und Senat haben werden. Nur zu
ihnen können wir mit unseren Klagen kom-
men, denn andere, die uns jetzt so viel versprechen,
werden uns später stolz abweisen und uns die
Tür zeigen. Nur Vertreter, die aus unse-
rem Volke hervorgegangen sind,
Männer, die unsere Nöte wirklich
verstehen und zu denen wir volles
Vertrauen haben, können uns retten.

Die polnische Reaktion aber ist in ihrem
blindwütigen und für den Staat verderblichen
Haß gegen alles Nichtpolnische soweit gegangen,
daß sie uns sogar des Rechtes beraubt hat, eigene
Vertreter zu wählen. Man wollte auf keinen
Fall zulassen, daß nichtpolnische Abgeordnete in
den Sejm und Senat gelangen und hat zu die-
sem Zweck ein Wahlgesetz geschaffen, das
unsere Rechte mit Füßen tritt und für uns einen

Schlag ins Gesicht

bedeutet. Die Bestimmungen des neuen Wahl-
gesetzes sind direkt gegen uns gerichtet. Sie
sollen dazu dienen, um uns unserer Vertretung
zu berauben und uns mundtot zu machen. Dies
ist der erste Schritt zu unserer gänz-

lichen Vernichtung. Hat man uns erst ein-
mal die Möglichkeit genommen an maßgebender
Stelle unsere Stimme zu erheben und unser Recht
zu fordern, dann kann man uns völlig un-
terdrücken, uns die letzten Rechte
nehmen und sogar die Erwerbsmöglich-
keiten entziehen.

Dieser harte Schlag war nicht nur gegen uns
Deutsche, sondern gleichzeitig gegen alle völkischen
Minderheiten Polens gerichtet. Russen, Weiß-
russen, Ukrainer und Juden leiden alle unter
demselben Joch der Unterdrückung und sind von
denselben Gefahren bedroht. Nur eine Ret-
tung, nur einen Ausweg gibt es aus dieser
gefährlichen Lage, und das ist Zusammen-
schluß aller völkischen Minderheiten zu einem
gemeinsamen Wahlblock, das ist der große und
mächtige

Widerhaltblock.

Nur der Minderheitenblock wird uns zu unserem
Rechte verhelfen und uns die entsprechende Zahl
von Vertretern im Sejm und Senat bringen.
Nur durch das Zusammengehen der Deutschen,
Juden, Russen, Weißrussen und Ukrainer können
wir die himmelschreienden Ungerechtigkeiten der
Wahlordnung überwinden. Diese Verbindung
allein macht es möglich, daß der Minderheitenblock
80 Abgeordnete in den Sejm und 20 in den
Senat entsenden wird. Er wird dann eine der
stärksten Parteien bilden und erfolgreich gegen
jedes uns angetane Unrecht ankämpfen.

Der Minderheitenblock wird für die volle und
wirkliche

Gleichberechtigung aller Staatsbürger

eintreten. Er wird dafür Sorge tragen, daß die
Bestimmungen der Konstitution und der interna-
tionalen Verträge wirklich beachtet werden und daß

Recht und Gerechtigkeit

jedem gleichermaßen zuteil wird. Der Minder-
heitenblock wird sich

gegen jegliche Unterdrückung

wenden, gegen wen sie auch gerichtet sei. Der
Minderheitenblock wird dem polnischen
Staate zum Segen reichen, denn er wird
aus 43 Prozent unterdrückter und unzufriedener
Einwohner freie und gleichberechtigte
Staatsbürger machen, die mit Liebe für
das Wohl des Staates arbeiten werden. Da-
durch wird

dem Haß ein Ende

bereitet werden, der zwischen dem polnischen Volke
und den Minderheiten von finsternen Elementen
künstlich gezüchtet wird. Der Minderheitenblock
wird die Politik unseres Vaterlandes
auf eine gesunde Grundlage stellen

16! Am 5. November stimmt in ganz Polen für die Liste 16!

und danach streben, daß Polen nicht nur dem Namen, nach sondern in Wirklichkeit eine

freie demokratische Republik

sein wird. Nur der Minderheitenblock wird immer voll und ganz für die Rechte der völkischen Minderheiten eintreten.

Jeder Deutsche hat daher die heilige Pflicht am 5. und 12. November seine Stimme für die Liste des Minderheitenblocks abzugeben.

Diese Liste trägt die Nummer 16.

Die Kandidatenlisten der Nr. 16 enthalten eine Reihe tüchtiger deutscher Männer, die unsere Interessen würdig und mit Kraft vertreten werden. Diese Listen sind so zusammengestellt worden, daß jeder Stand und jede Klasse ihre sicheren Vertreter im Parlament haben werden. Der Landwirt sowohl als auch der Arbeiter, der Fabrikant und der Hausbesitzer, der Mittelstand und die Intelligenz — alle haben sie an sicheren Stellen entschiedene Vertreter ihrer besonderen wirtschaftlichen Interessen.

Volksgenossen! Laßt Euch nicht betören durch die Einflüsterungen und Lockungen anderer Parteien! Man macht Euch nur leere Versprechungen, um Eure Stimmen zu fangen und Euch noch der Wahl gröblich zu enttäuschen. Laßt Euch auch nicht irreführen durch die Verleumdungen, mit denen die Feinde unsere Liste bekämpfen werden. Gedenket, daß kein deutscher Mann und keine deutsche Frau für eine andere Liste stimmen darf als für 16. Wer anders stimmt oder sich aus Lauheit oder Bequemlichkeit ganz der Stimme enthält, übt schmachvollen Verrat an seinem Volkstum.

Volksgenossen! Ihr habt Euer eigenes Wohlergehen und die Zukunft Eurer Kinder in der Hand! Tut Eure Pflicht, so können wir Großes erringen; erfüllt Ihr sie nicht, so sind wir verloren und die Verantwortung für unser Unglück fällt auf Euch selbst.

Sorgt also dafür, daß alle Deutschen, die das 21. Lebensjahr vollendet haben, am 5. November zur Wahlurne gehen und für die Liste 16 stimmen. Sorgt dafür, daß alle deutschen Frauen und Männer, die das 30. Lebensjahr vollendet haben, am 12. November nochmals zur Wahlurne gehen und gleichfalls für die Liste 16 stimmen.

Du, deutsche Mutter, und Du, deutscher Vater, denkt an die Zukunft Eurer Kinder und sorgt dafür, daß alle Wahlberechtigten in Eurem Hause für die Liste 16 stimmen! Keiner darf ausbleiben! Wer alt, schwach und krank ist, muß zur Wahlurne gefahren werden, da nur jeder für sich selbst stimmen darf.

Jede einzige Stimme ist von ungeheurer Bedeutung!

Nur, wenn alle stimmen, können wir einen glänzenden Sieg erringen!

Darum fehle keiner!

Deutsche! Erfüllt Eure Pflicht!
Stimmt geschlossen für die Liste

16.

Das Deutsche Zentralwahlkomitee
in Lodz.

Die Reichswahllisten.

Der Entscheidungstag tritt mit jedem Augenblick näher. In Stadt und Land ist das Interesse für die bevorstehenden Wahlen groß. Jeder möchte etwas über die Art und Weise der Wahlen, über die Parteien erfahren wollen.

Im großen ganzen werden sich die Wahlen diesmal kaum von denen vor vier Jahren unterscheiden. Am 5. und 12. November wird sich ein jeder Wähler, der in die Wählerliste seines Bezirks eingetragen ist, nach dem Wahllokal begeben und dort seinen Stimmzettel, auf dem die Nummer der Partei, die ihm am meisten gefällt, steht, (für uns Deutsche der Minderheitenblock, der die Nr. 16 trägt) in die Wahlurne legen. Der Stimmzettel darf nicht allein hineingeworfen werden, sondern dazu bekommt man eine Briefhülle (koperta), die mit einem Stempelzeichen versehen sein wird.

Diesmal wird jede Partei eine für ganz Polen gültige Nummer haben. So hat z. B. der Minderheitenblock, ganz gleich ob in Lodz oder Warschau, ob in Białystok oder Kalisz, ob Lipno oder Zyrardow, überall die Nr. 16.

Welches sind nun die anderen Parteien, denn im ganzen wurden 22 Listen für ganz Polen aufgestellt? Der Reihenfolge nach wollen wir sie einzeln besprechen:

Nr. 1. „Die polnische Volkspartei“, anders genannt „Piast“, deren Vorsitzender Witos, ehemaliger Ministerpräsident, an erster Stelle auf der Liste steht. Zu dieser Partei gehören meist Bauern, hauptsächlich in Galizien und Kongresspolen. Diese Partei ist für die Aufteilung der Landgüter der Großgrundbesitzer.

Nr. 2. „Die polnische sozialistische Partei“ „P. P. S.“, wie sie allgemein genannt wird. Zu ihr gehören ausschließlich Fabrik- und Landarbeiter. Sie kämpft für den achttündigen Arbeitstag, für Gleichberechtigung der völkischen Minderheiten. Vor vier Jahren haben in vielen Stellen unsere Volksgenossen, hauptsächlich dort, wo sie in geringer Zahl anfällig sind, ihre Stimmen für diese Partei abgegeben. Heute ist dies nicht nötig: jede Stimme des deutschen Wählers muß dem Minderheitenblock (Nr. 16) zu gute kommen.

Nr. 3. „Wyzwolenie oder die linksstehende Volkspartei“, auch „Thugutpartei“ genannt. Zu der Partei gehören meist Kleinbauern, Volksschullehrer usw. Sie tritt mit aller Entschiedenheit für eine Bodenreform ein, die etwas sozialistisch angehaucht ist. Bekämpft sehr die Witospartei.

Nr. 4. „Allgemeiner jüdischer Arbeiterverband in Polen“. Eine jüdische Partei, die ganz geringe Aussichten hat, einen Sejm kandidaten durchzubringen.

Nr. 5. „Kommunistischer Verband der Proletarier aus Stadt und Land“. Vergangenes Mal gingen die Kommunisten oder Bolschewiken nicht in den Wahlkampf. Jetzt wollen sie ihr Glück probieren. Durch russisches Geld bestochen, gehen viele aufs Land hinaus und betören das Volk. Man sagt, sie agitieren sogar in deutscher Sprache gegen den Minderheitenblock. Man schenke ihnen kein Vertrauen. Wir bedanken uns für das bolschewistische Paradies.

Nr. 6. „Volksräte“. Eine kleine Partei, die hauptsächlich im Osten von Polen, in Wilna und Grodno, ihre Kandidaten aufstellen wird.

Nr. 7. „Nationale Volkspartei“. Das Gegengewicht für die polnische sozialistische Partei. Besteht meist aus Arbeitern. Ist jedoch mit Haßgefühlen gegen die Minderheiten durchtränkt.

Nr. 8. „Die christliche Vereinigung der Volkseinheit“. Eine bürgerliche Partei, die voll und ganz ihre Feindschaft gegen die religiösen und völkischen Minderheiten zur Schau trägt. Sie wird meist von den katholischen Geistlichen, vom Schlage des Paters Lutoslawski, geleitet. Vertritt die Interessen der Großgrundbesitzer und Kapitalisten. Nur die dunkelsten Massen der Arbeiter leisten ihr Gefolgschaft. Für uns Deutsche ist dies die gefährlichste und verabscheuenswürdigste Partei.

Nr. 9. Wurde diesmal nicht aufgestellt, weil viele beim Schreiben an richtiger Stelle den Punkt zu stellen vergaßen, und man öfters die neun dann als eine sechs anrechnete.

Nr. 10. „National-staatliche Vereinigung“. Ebenfalls eine den Minderheiten böse gesinnte Partei, nur kleinwenig vernünftiger. Diese Partei hat die Kandidatur unseres Generalsuperintendenten Bursche aufgestellt, um teilweise auf die Unterstützung der polonisierten Deutschen zu rechnen. Jeder, der sein Volkstum und deutsche Muttersprache lieb hat, wird sich vor dieser Partei in acht nehmen müssen.

Nr. 11. „Jüdisches Arbeiterwahlkomitee“ für Warschau und Lodz. Eine nichtsagende, zufällige Partei, die für die Zeit der Wahlen entstanden ist.

Nr. 12. „Polnisches Zentrum“ ist aus der Vereinigung zweier Parteien: der nationalen Volkspartei und der katholischen Volkspartei entstanden, die beide anfänglich mit der Nr. 8 sich zu einer Partei zusammenzuschließen beabsichtigten, im letzten Augenblick sich jedoch entzweiten und nun getrennt in den Wahlkampf marschieren. Ist kein Deut besser, als die Nr. 8 und Nr. 10. Alles deutschfresserische polnisch-katholische Parteien.

Nr. 13. „Die Linkspartei der polnischen Volkspartei“ genannt „Stapinski-gruppe“, deren Sitz Kleinpolen (Galizien) ist. Diese Partei ist ohne große Bedeutung.

Nr. 14. „Bürgerliches Zentrum“ kommt hauptsächlich für reiche Bürgerkreise in Betracht. Die Seele der Partei stellt der gegenwärtige Sejmabgeordnete de Rossat dar.

Nr. 15. „Radikal-bäuerliche Partei“ mit dem ehemaligen katholischen Geistlichen Okon an der Spitze, die sich ebenfalls keines großen Anhangs erfreut.

Nr. 16. „Der Minderheitenblock“, der aus Vertretern sämtlicher Minderheiten Polens zusammengesetzt ist und der sich in erster Reihe gegen das im Wahlgesetz enthaltene Unrecht den völkischen Minderheiten gegenüber mit ganzer Kraft auflehnt. Jeder bewußte Deutsche, Jude, Russe, Weißrusse, Ukrainer wird seine Stimme nur für den Minderheitenblock abgeben.

Nr. 17. „Vereinigung der jüdischen Parteien“. Ebenfalls eine nichtsagende Partei, die möglich im letzten Augenblick ihre Liste zurückziehen wird.

Nr. 18. „Die Partei der Invaliden und aus dem Heere entlassener Soldaten“. Dies ist eine ganz zufällig entstandene Partei, die in keinem Falle Aussichten für Durchbringung eines Kandidaten haben kann.

Nr. 19. Es wird diese Nummer nicht geben, da man im letzten Augenblick eine diesbezügliche Liste zurückzog.

Nr. 20. „Der jüdische demokratische Volksblock“, eine Partei, die als Gegensatz zum Minderheitenblock seitens einer kleinen Anzahl ehrgeiziger Juden geschaffen wurde. Der Leser wird bereits bemerkt haben, welche eine große Zersplitterung unter den Juden herrscht. Jeder Starrköpfige gründet sich eine eigene Partei,

obzwar, offen gesagt, die meisten jüdischen Wähler auf Seiten des Minderheitenblocks stehen.

Nr. 21. „Unabhängige Sozialisten“, eine nichtbedeutende Arbeiterpartei, die aus der polnisch sozialistischen Partei sich herausgebildet hat.

Nr. 22. „Staatsvereinigung in den Grenzmarken“, eine im Osten des Reichs auftretende Partei, ohne große Bedeutung.

Werfen wir noch einen Rückblick auf die Parteien. Die meisten Ausichten haben: die Witospartei (Nr. 1), die polnischen Sozialisten (Nr. 2), Wyzwoleniegruppe (Nr. 3), die nationale polnische Arbeiterpartei (Nr. 7), die Nationaldemokraten (Nr. 8), das polnische Zentrum (Nr. 12), der Minderheitenblock (Nr. 16). Diese Parteien werden sich auch aufs entschiedenste bekämpfen. Je mehr Zersplitterung in den Reihen der polnischen Parteien herrschen wird, desto mehr Ausichten auf Erfolg wird der Minderheitenblock haben, eingedenk des Sprichworts: Wo zwei sich zanken, gewinnt der dritte.*

A. B.

Wolhynien.

Aufruf!

Wir machen hiermit darauf aufmerksam, daß viele unserer Volksgenossen in Wolhynien und anderen Orten bei der Rada Ludowa eingetragen sind und voraussichtlich für diese Partei zu stimmen gedenken. Wir halten es hiermit für unsere moralische und völkische Pflicht, unsere Brüder davor zu warnen. Die „Rada Ludowa“ ist ausschließlich eine polnische Partei und wird niemals die Interessen unserer deutschen Volksgenossen so vertreten, als es ihre eigenen Abgeordneten, die mit uns blutsverwandt und eines Glaubens sind, tun werden. Jetzt, vor den Wahlen versprechen alle polnischen Parteien uns sehr viel, denn sie brauchen unsere Stimmen. Sie haben und werden künftig im Sejm für uns nichts übrig haben. Nur das werden wir erreichen, was wir als ein geschlossener Minderheitenblock uns auf gesetzlichem Wege erkämpfen werden. Das hat der bisherige Sejm bewiesen. Aber auch aus Leichtgläubigkeit und Unbedachtlichkeit kann uns leicht das deutsche Sejmandat in Wolhynien verloren gehen. Darum, deutsche Volksgenossen Wolhyniens: Fort mit der Rada Ludowa! Jede deutsche Stimme ist für uns wichtig. Stimmt nicht auf Nr. 6, denn das ist die Nummer der Rada Ludowa, und ihr wählt alsdann für euch einen polnischen Abgeordneten. Sondern wenn ihr zur Wahl schreitet, legt nur Nr. 16 in die Wahlurne. Als dann werdet ihr für Wolhynien einen deutschen Abgeordneten erhalten.

Das deutsche Wahlkomitee für Wolhynien.

Am 21. September wurden im Sejm zwei Gesetzentwürfe angenommen, die für die Zinsländer in Wolhynien von weitgehender Bedeutung sind.

1. Pächter, die in Wolhynien 25 und in anderen Gegenden 40 Dessjatinen Land besitzen und dieselben schon am 1. August 1914 besaßen, können bis zum 1. November 1923 daselbe gebrauchen.

2. Abtretungen (Perestupki) sind gültig.

3. Das Land der Pächter darf nicht zu militärischen Anstellungen (osadnictwo wojskowe) genommen werden.

4. Die Pacht beträgt für das Jahr 1922 und 1923 6 Pud Roggen von der Dessjatine.

II. Alle Pächter, die in der Kriegszeit in fremde Pachtstellen eingedrungen sind, müssen am 1. April 1923 das Land verlassen.

Bei dieser Gelegenheit muß ich darauf hinweisen, daß diejenigen, die in Wolhynien Zins-

länder bewohnen, vorläufig sichergestellt sind. Sie werden zwar verschiedentlich mit Vertreibung bedroht werden, sie sollen dennoch vor Ablauf der gesetzlich gestellten Frist (1. Oktober 1923) nicht weichen, keine neuen Verträge abschließen oder Geld zahlen, außer der vorgesehenen Pacht von 6 Pud Roggen pro Dessjatine. Ganz besonders warne ich vor denen, die im Lande umherziehen und Versprechungen machen, sie würden die Pächter zu ihrem Rechte verhelfen, wobei sie sich schwere Gelder zahlen lassen. Ich mache hiermit ganz besonders darauf aufmerksam, daß die Regelung der Zinsländer und die Lage der Deutschen in Wolhynien überhaupt nur auf gesetzlichem Wege, also durch den zukünftigen Sejm geschehen kann. Deshalb schade für jeden ausgeworfenen Groschen. Auch alle diejenigen, die aus irgend welchem Grunde noch nicht im Besitz ihres Grundstückes, sei es Zinsland oder Eigentum, gelangt sind, ermahne ich, trotz ihrer verzweifeltten Lage, zur Ruhe. Auch sie können nur auf gesetzlichem Wege zu ihrem Recht kommen.

Otto Somschor, z. Z. in Luck.

Die Deutsche Vorwahlbewegung.

Das Generalsekretariat des Deutschen Zentralwahlkomitees schreibt uns: Gegenüber den Zweifeln, ob der 14. Platz der Staatsliste für den Sejm noch sicher sei, stellt das Generalsekretariat fest, daß auch der 15. und 16. Platz stets als sicher von dem Zentralwahlkomitee des Minderheitenblocks in Rechnung gestellt worden sind. Da es nur eine, höchstens zwei größere Parteien als den Minderheitenblock geben wird, so ist mit Sicherheit darauf zu rechnen, daß der 15. Platz auf der Staatsliste besetzt werden wird. Da wir mit zirka 65 sicheren Urmandaten für den Minderheitenblock rechnen, so ist auch aus diesem Grunde, zumal bei den Vorteilen des deutschen Systems, mit der Erreichung von mindestens 15 Plätzen von der Staatsliste zu rechnen. Genauere Berechnungen sind nicht möglich, da die gesamten Ostgebiete bisher noch nicht gewählt haben und daher ein Urteil über sie nicht mit Sicherheit abgegeben werden kann.

Gegenüber manchen falschen Mitteilungen über die verschiedenen jüdischen Parteien stellt das Generalsekretariat folgendes fest: Es ist von vornherein gerechnet worden: mit Liste Nr. 4, Allgemeiner Jüdischer Arbeiterverband (Bund), Nr. 11 Jüdisches Arbeiter-Wahlkomitee (Poale Zion), von der aber der rechte Flügel mit dem Abgeordneten Dr. Schipper endgültig beim Block ist, und Nr. 20 Jüdischer Volksblock (Prilucki). Selbstverständlich gehören die gesamten Orthodoxen und Zionisten zum Block. Die anderen Parteien stellen insgesamt höchstens ein Fünftel der gesamten jüdischen Wähler dar. Daß die Zionisten in Ostgalizien eine besondere Liste aufgestellt haben, war in keiner Weise zu vermeiden. Infolge der besonderen Verhältnisse in Ostgalizien konnten sie ebenso wenig wie die galizischen Deutschen am Minderheitenblock teilnehmen.

Der jetzige Stand der Wahlbewegung läßt die Hoffnung aufkommen, daß wir im chern. russ. Wahlbezirk 7 deutsche Sejmabgeordnete und einen deutschen Senator durchbringen werden. Es werden somit voraussichtlich nachstehende Herren in die obigen gesetzgebenden Körperschaften eingehen:

Herr Alex. Städtl als Senator für die Wojewodschaft Lodz, Herr Ernst Kronig als Sejmabgeordneter der Stadt Lodz, Herr August Uita vom Wahlkreise Lodz Land, Herr Abj. Spickermann vom Wahlkreise Konin, Herr Jakob Karan vom Wahlkreise Bialystok, Herr Gustav Somschor vom Wahlkreise Bialystok, Herr

Otto Somschor vom Wahlkreise Wolhynien und Herr Jag. Emil Berbe von der Reichsliste. Von diesen 8 Mandaten entfallen zwei auf die deutschen Sozialisten als Vertreter der deutschen Arbeiterschaft Kongresspolens.

Die Bezirkskandidatenliste des Minderheitenblocks im Wahlkreise 15 (Konin, Kolo, Slupca, Lenczyca) enthält nachstehende Namen:

1. Spickermann Josef, Sejmabgeordneter, Lodz.
2. Eilenberg Mendel, Stadtverordneter, Warschau.
3. Fiedler Reinhard, Sparkassenrevisor, Konin.
4. Rosenzweig Mathias, Handwerker, Warschau.
5. Kaschube Emil, Landwirt, Kopydlow-Nowy.
6. Sahnerr Hermann, Kaufmann, Kolo.
7. Will Julian, Lehrer, Sompolno.
8. Fejgin Naphtali, Zahnarzt, Slupca.
9. Ziebart Heinrich, Landwirt, Sobotka.
10. Izbicki Elias, Kaufmann, Izbica.
11. Textor Hermann, Lehrer, Sompolno.
12. Jochimkiewicz Sucher Manuel, Kaufmann, Slupca.

Die Bezirkskandidatenliste des Minderheitenblocks im Wahlbezirk 5 (Bialystok, Sokolka, Wolkowysk) enthält nachstehende Namen:

1. Farbstein Szyja Herszel, Sejmabgeordneter, Warschau.
2. Dr. Feldmann Szymon, Rechtsanwalt, Warschau.
3. Kalinowski Wladimir, Jurist, Wolkowysk.
4. Koloszyn Paul, Landmann, Arkowce, Kreis Sokolka.
5. Tich Karl Adolf, Kaufmann, Bialystok.
6. Kazicko Sergius, Lehrer, Wolkowysk.
7. Hepner Wolf, Kaufmann, Bialystok.
8. Seligmann Josef, Gymnasialdirektor, Bialystok.
9. Demidow Nikolaus, Lehrer, Grodek.
10. Chomicz Nikolaus, Rechtsanwalt, Sokolka.
11. Trypuza Adam, Lehrer, Grodno.
12. Czechowicz Wincenz, Landmann, Kmyszewice, Kreis Sokolka.

Die Senatsliste der Wojewodschaft Bialystok enthält nachstehende Namen:

1. Rubinstein Jaak Icek, Rabbiner, Wilno.
2. Dr. Bielecki Konstantin, Arzt, Grodno.
3. Körner Moses, Ingenieur, Warschau.
4. Kolowicz Paul, Agronom, Wolkowysk.
5. Tykin Abram, Industrieller, Bialystok.
6. Samarin Konstantin, Rechtsanwalt, Grodno.
7. Lew Hirsch, Kaufmann, Bialystok.
8. Goworski Paul, Jurist, Szczyli, Kreis Bielsk.

Die Bezirkskandidatenliste des Minderheitenblocks für den Wahlbezirk 10 (Bialystok, Neszawa, Sypno) enthält nachstehende Namen:

1. Karan Jakob, Lehrer in Bialystok.
2. Hartglas Wladimir Apollonarius, Sejmabgeordneter, Warschau.
3. Drung Wilhelm, Landwirt in Neszawa, Kreis Sypno.
4. Bizik Daniel, Fabrikant in Szczyli.
5. Pange Emil, Landwirt in Sionst, Kreis Neszawa.
6. Zweifus Abram, Handwerker in Warschau.

Die Senatsliste des Minderheitenblocks in der Wojewodschaft Schlesien enthält nachstehende Namen:

1. Szczeponik Tomas, Schulrat. a. D., Kattowih.
 2. Mayer Kurt, Bezirksleiter, Königshütte.
 3. Kalus Julius, Kaufmann, Kattowih.
 4. Gabrißch Artur, Schornsteinfeger, Teschen.
- Die Sejm kandidatenliste des 2. Oberschlesischen Wahlbezirks (Kattowih und Ruda) enthält nachstehende Namen:

1. v. Reichenstein Karl, Rittergutsbesitzer, Pilgramsdorf, Kreis Pleß.
2. Rosumek Johannes, Kaufmann, Lau rahütte.
3. Franz Eugen, Revisor, Zalense.
4. Dr. Wendt Wilhelm, Arzt, Kattowih.
5. Adanczyk Andreas, Arbeitersekretär, Kattowih.
6. Portzek Johann, Eisendreher, Siemianowic.
7. Lowicki Franz, Drogeriebesitzer, Tarnowih.

Die Sejm kandidatenliste des 3. Oberschlesischen Wahlbezirks (Königshütte, Schwietochlowih, Tarnowih, Lublinih) enthält nachstehende Namen:

1. v. Reichenstein Karl, Rittergutsbesitzer, Pilgramsdorf, Kreis Pleß.
2. Wlodasch Karl, Hütteninspektor, Schwietochlowih.
3. Krajezyrski Otto, Religionslehrer, Kattowih.
4. Mayer Kurt, Bezirksleiter, Königshütte.
5. Gawlik Thomas, Former, Königshütte.
6. Dr. Doormann Karl, Studienrat, Königshütte.
7. Plutta Karl, Schneidermeister, Deutsch-Piekary.

Am Sonntag, den 8. Oktober, fand in Karzynow (bei Kolasch) eine deutsche Vorwahlversammlung statt. Aus den umliegenden deutschen Dörfern fanden sich zahlreiche Vertreter ein, die den Ausführungen der im Auftrage des Lodzer Deutschen Zentralwahlkomitees erschienenen Redner großes Interesse entgegenbrachten. Als erster ergriff Herr Lehrer Treichel, Bglers das Wort und erläuterte die Entstehung und das Wesen des Minderheitenblocks. Weiter sprach Herr Albert Breyer-Bglers über die Pflichten und Rechte der deutschen Landleute als Bürger Polens und munterte die Versammelten auf, an der Sprache und Art der Väter treu zu halten. Sichtlich gestärkt verließen die Zuhörer den Versammlungssaal, wobei sie den erschienenen Rednern für die geleistete Arbeit herzlich dankten.

In Paproć-Duza hat Herr Lehrer Maliszewski die Organisation der Wahlaktion unter der dortigen deutschen Bevölkerung übernommen. Herr Maliszewski betreibt die Propaganda für die deutsche Sache mit großem Eifer, und ihm ist es zu verdanken, daß die dortigen Deutschen sich der Bedeutung der Wahlen voll und ganz bewusst sind. In Paproć-Duza wird am 5. und 12. November auch nicht eine deutsche Stimme dem Minderheitenblock verloren gehen.

Herr Hiller aus Daniszew, Kreis Kolo, der bereits ein Wahlkomitee in Daniszew gegründet hat, veranstaltete am 8. Oktober eine Vorwahlversammlung in Neudorf. Es erschienen Vertreter aus den umliegenden Ortschaften, so daß der dortige Schulraum bis auf den letzten Platz gefüllt war. Herr Hiller klärte die Versammelten über die bevorstehenden Sejmwahlen auf und wies insbesondere auf die Aufgabe des Minderheitenblockes hin. Hierauf wurde zur Gründung eines Wahlkomitees geschritten, dem folgende Herren angehören: Karl Schmidt-Neudorf, Karl Jeske-Neudorf, Alexander Grams und Karl Kujat-Tarnow, Samuel Flügel und Karl Dumreis-Olympia.

Merkt es euch, ihr deutschen Männer:

16 ist der deutsche Nenner,

Merkt es euch, ihr deutschen Frauen:

Nur der 16 dürft ihr trauen.

Prägt es ein in eure Seelen:

Alle müssen

16

wählen!

Die Organisation der Wahlaktion in Brzezinsk, Gemeinde Kobiels, Kreis Noworadomsk. hat Herr Oskar Kirsch, Brzezinki, übernommen. In der Umgegend wohnen etwa 2000 Deutsche. Für den 22. d. Mts. ist eine große Wahlversammlung in Dziepole geplant, zu der einige Redner aus Lodz gewünscht werden.

Am 1. Oktober fand im Gemeindefaale zu Bielystok eine von dem dortigen Bezirkswahlkomitee einberufene deutsche Wahlversammlung statt. Die Versammlung wurde von Herrn Adolf Diez eröffnet, der in der einleitenden Rede etwa folgendes ausführte:

Wie Ihnen bekannt sein wird, hat sich für die diesmaligen Sejm- und Senatswahlen ein Minderheitenblock gebildet, welcher die im polnischen Reiche so zahlreich vertretenen Fremdvölker vereinigt und ihnen zu einer gesicherten Daseinsmöglichkeit verhelfen soll. Wir bilden trotz unserer verschiedenen Interessen auch eine Volksgemeinschaft der Minderheiten, sind einerseits treue Bürger des polnischen Staates, haben uns wie unsere Vorfahren keinerlei Vergehen gegen unsere Obrigkeit und andere Bewohner des Landes zuzuschulden kommen lassen, mithin auch nichts abzubüssen; andererseits aber können wir, wie dies von verschiedenen Seiten gewünscht wird, unsere Nationalität nicht wie ein Kleidungsstück abstreifen, denn unserer deutschen Erziehung, unseren Sitten und Gebräuchen haben wir das zu verdanken, was wir heute sind. Wenn wir den Boden unter unseren Füßen nicht verlieren wollen, müssen wir uns und unseren Nachkommen diese Errungenschaften zu erhalten suchen und dürfen uns nicht von Ueberpatrioten irre führen lassen, zumal wir genügend Beweise haben, wie haltlos diese größtenteils dassehen. Wir müssen selbstverständlich auch fernerhin bestrebt sein, die Landessprache und Gesetze kennen zu lernen, was zur gegenseitigen Verständigung unerlässlich ist, aber zu Hause und in unserer Volksgemeinschaft wollen wir deutsch sprechen, in unseren Schulen deutsch unterrichten dürfen.

Es handelt sich hier nicht um Kleinigkeiten, sondern um unsere allerhöchsten Güter, die Religion und das ererbte Volkstum nebst Sprache und deutscher Sitte, ohne deren Schutz wir immer tiefer sinken müssen. Für Pflege und Förderung dieser heiligsten Güter mit einzutreten, ja, wenn es not tut, darum zu kämpfen, muß unsere vornehmste Pflicht und Schuldigkeit sein."

Darauf machte Herr Otto Langer die Anwesenden in einer sorgfältig ausgearbeiteten Rede mit dem Zweck und dem bisherigen Ergebnis der Blockbildung in allen Einzelheiten bekannt. Als deutsche Kandidaten für die Bezirksliste des Minderheitenblockes wurden die Herren Otto Langer, Julius Traufmann und Adolf Diez aufgestellt.

Sämtliche Anwesenden erklärten sich mit der Bildung des Minderheitenblockes einverstanden und verpflichteten sich auf dessen Liste zu stimmen.

Am 8. d. M. fand in Trzcianna B., Kreis Skiernewice, eine deutsche Wahlversammlung statt. Herr G. Gwald aus Lodz erklärte den Anwesenden die Ursache des Entstehens des Minderheitenblockes, Zweck und Aufgaben desselben und wies auf die Notwendigkeit der unbedingten Beteiligung an den Sejm und Senatswahlen hin. Nur mit gemeinsamer Kraftanstrengung können wir zum Wohle unserer Heimat den polnischen Chauvinismus bekämpfen. Nur nachdem dies ge-

schehen sein wird, wird in dem polnischen Reichsstaat von einer wirklichen Gleichberechtigung die Rede sein können. Alle Nationalitäten des polnischen Staates werden friedlich nebeneinander an den Aufbau ihres Landes denken können. Die Anwesenden bezeugten großes Interesse für den Minderheitenblock und verpflichteten sich, alle wie ein Mann für ihn zu stimmen. Für die Wahlkosten wurde eine Geldspende von 26,400 M. aufgebracht. Weitere Spenden werden noch gesammelt werden.

Am Sonntag, den 8. d. M., fand in Bigno, Wahlkreis Wloclawel, eine Vorwahlversammlung statt. Zu derselben waren vom Lodzer Zentralwahlkomitee die Herren R. Weigelt und Dickow delegiert. Eröffnet wurde die Versammlung von dem Synodalen Bötcher aus Kempe mit einer kurzen Ansprache, in welcher er die sehr zahlreich erschienenen Zuhörer aus Stadt und Land herzlich begrüßte und ihnen die Lodzer Herren wie auch den Spitzenkandidaten ihres Wahlbezirks, Herrn Lehrer Karau, vorstellte. Als erster Redner erklärte Herr Weigelt den Anwesenden Grund und Zweck des Zusammenschlusses der Minderheiten zu den bevorstehenden Wahlen und forderte die Anwesenden auf, in ihren Siedlungen darauf acht zu geben, daß auch nicht eine Stimme unserem Block verloren gehe, ja, nicht nur Schöne und Träge müssen am Wahltage an die Wahlurne gebracht werden, sondern Altersschwache, Krüppel und Stumme, denn auch ihre Stimme ist an diesem Tage von Bedeutung und kann sogar ausschlaggebend für einen günstigen Ausgang der Wahlen sein. Nachdem Herr Karau die Wahlprozedur am Wahltage selbst erläutert hatte, ergriff Herr Dickow das Wort zu einer längeren Ansprache, in welcher er auf die Gefahr aufmerksam machte, welche uns droht, wenn wir durch unser Verschulden nicht die uns zukommende Anzahl von Mandaten für den Sejm durchbringen. Zum Schluß gab Herr Weigelt noch erläuternde Antworten auf verschiedene Fragen, die von der Versammlung aufgestellt wurden und forderte die Versammelten auf, auch dafür Sorge zu tragen, daß die Wahlberechtigten eine Woche später auch für den Senat ihre Stimmzettel mit der „16“ restlos in die Wahlurne legen.

Verleumdungen und kein Ende.

Herr Pastor Behse-Beckatow richtet an die Schriftleitungen des „So. Wochenblattes“ in Lodz und des „Glos Evangelisch“ in Warschau nachstehende Zuschrift:

Von mir unbekannter Seite sind mir ein paar Nummern des „Wochenblattes“ zugesandt worden. Hohe, an Pastor Böffler und mich gerichtete Worte lese ich da. „Wir verlangen kategorisch usw.“ Ich verlange auch kategorisch. Ich verlange, daß Ihr mich in Ruhe lasset und So. Matth. 7.5 mit Aufmerksamkeit lest.

Auf die plumpen Anpöbelung des „Glos“ eingegangen, fällt mir gar nicht ein. Ich erwäge nur den Schriftleiter, das Urteil über meine mehr als 33jährige Amtstätigkeit dem Herrn und berufenen Männern zu überlassen. Er ist mir noch viel zu jung dazu.

Nach mache aber die Reaktionen beider Revolverblättchen, mit denen ich mich auf eine weitere Polemik nicht einlassen werde, darauf aufmerksam, daß es von Seiten unserer Regierung unter Androhung schwerer Strafen verboten ist, andere in der Ausübung ihrer Bürgerrechte und Bürgerpflichten zu behindern, zu stören, oder gar durch Drohungen einschüchtern zu wollen.

Vom deutschen Schulwesen in Polen.

Der Ministerialdelegat Suchowiak in Posen veröffentlicht eine polnisch-deutsche Schulbilanz, die sich gegen die mehrfach an dieser Stelle behandelten Zahlen des Deutschbundes in Posen wendet. Er betont, daß zur Zeit der preussischen Herrschaft bis 1918 in Posen und Pommerellen, wo nicht eine einzige polnische Privatschule geduldet wurde, 4600 ausschließlich deutsche öffentliche Volksschulen vorhanden waren, an denen 7700 Lehrer amtierten, unter ihnen 2250 mit polnischer Muttersprache. Da die polnische Regierung eine weitere „Germanisierung der polnischen Schulkinder“ nicht dulden könne, hätte mit der Umwandlung deutscher Schulen mit überwiegend polnischen Schülern in solche mit polnischer Unterrichtssprache eine beträchtliche Zahl deutscher Lehrer schon auf Grund ihrer Unkenntnis der polnischen Sprache zurücktreten müssen. Doch seien deutsche Schulen mit deutscher Unterrichtssprache überall dort erhalten worden, wo die Zahl der deutschen Schulkinder mindestens 40 betrug, zudem hätten etwa 700 deutsche Lehrer den Dienst- und Treue-Eid für die polnische Republik verweigert, und von denjenigen, die den Eid geleistet hätten, neuerdings noch 240 für Deutschland optiert. Es sei also nicht Schuld der polnischen Schulbehörde, wenn eine nicht unbeträchtliche Anzahl Lehrerstellen in deutschen Schulen zeitweise unbefestigt blieben. Die polnische Schulbehörde habe alles getan, um Ersatzkräfte zu beschaffen. Sie habe die deutsche Jugend aufgefordert, den Lehrerberuf zu ergreifen, habe besondere Kurse eröffnet, zwei Lehrerseminare in Bromberg und Graudenz gebildet und erreicht, daß mit Beginn des neuen Schuljahrs im August dieses Jahres im allgemeinen kein Kind mehr in Westpolen ohne Unterricht bleiben werde. Bei der Abnahme der Bevölkerung in Westpolen um über 560 000 Köpfe und bei der beabsichtigten Abwanderung weiterer 100 000 Optanten müsse die Zahl der deutschen Schulen naturgemäß auch noch weiter abnehmen. Ende 1921 habe es in der Wojewodschaft Posen 884 öffentliche deutsche Volksschulen mit 53 639 Schülern und 859 Lehrkräften gegeben, in der Wojewodschaft Pommerellen 369 deutsche Schulen mit 27 831 Schülern und 422 Lehrkräften. Diese deutschen Schulen bzw. Klassen hätten nicht überall die normale Zahl von 40 Schülern gehabt, welche beiderseits als billig anerkannt worden sei. Trotzdem habe die polnische Schulverwaltung etwa 150 derartiger nicht lebensfähiger deutscher Schulen belassen und sie unterhalten. In 97 polnischen Volksschulen beider Schulbezirke werde kleineren Minderheiten von 12 Schülern an aufwärts Deutsch und Religionsunterricht in einigen Wochenstunden auf Staatskosten in ihrer Muttersprache erteilt. Es gebe außerdem im ehemaligen österreichischen Teilgebiet in Galizien 27 deutsche Schulen mit 2597 Schülern und 67 Lehrern, im polnischen Anteil am Teschener Land 19 Schulen mit 3999 Schülern und 145 Lehrern, in Kongresspolen 239 Schulen mit 17 660 Schülern und 389 Lehrern, in Wolhynien 24 Schulen mit 1117 Kindern und 26 Lehrern. Aus Oberschlesien, soweit es polnisch geworden sei, fehlten noch die entsprechenden Zahlen. Insgesamt habe es Ende 1921 in Polen 1549 öffentliche deutsche Volksschulen mit 106 849 Schülern und 1908 deutschen Lehrern gegeben, für die der Staat über eine Milliarde polnischer Mark ausgegeben habe. Neben diesen Schulen gebe es zahlreiche deutsche Privatschulen. Das sei ein Beweis für die polnische Toleranz, während Deutschland für seine Staatsbürger polnischer Zunge nichts tue, und die preussische Regierung nur in achtzehn öffentlichen Volksschulen einen beschränkten Unterricht im Polnischen gestatte, in keiner Volksschule Deutschlands aber die polnische Sprache Un-

terrichtssprache sei, so daß über 100 000 polnische Schulkinder in öffentlichen deutschen Schulen keinen Unterricht in ihrer Muttersprache hätten.

Auf diese Ausführungen antwortet in der „Deutschen Rundschau“ Paul Dobbermann. Er stellt den Zahlen des Herrn Suchowiak für die Wojewodschaften Posen und Pommerellen (nämlich 1253 deutsche öffentliche Schulen mit 81 470 deutschen Kindern und 1281 deutschen Lehrkräften) die polnische Denkschrift an den Völkerbund gegenüber, die für den 1. November 1921 nur 957 deutsche Schulen mit 57 883 deutschen Kindern benenne. Woher komme dieser gewaltige Unterschied? Ein derartiger erheblicher Widerspruch im Zahlenmaterial, das von derselben amtlichen Stelle käme, sei nicht geeignet, das Vertrauen in die amtliche Statistik zu erhöhen. Der Statistik des Herrn Suchowiak, daß 150 nicht lebensfähige deutsche Schulen mit unter 40 Kindern in Betrieb gehalten würden, stehe die deutsche Statistik gegenüber, die nur 30 derartiger Schulen, aber 145 deutsche Gemeinden aufzähle, in denen für 40 und mehr Kinder ein deutscher Schulbetrieb nicht existierte. Dobbermann verweist auch darauf, daß in 97 Schulen polnische Lehrer deutschen Unterricht erteilten, was nur eine Umschreibung für die Polonisierung deutscher Kinder sei, daß es ferner nach der deutschen Statistik in Nordpommerellen, Südpommerellen und im Nehegau (Posen) nahezu 13 000 deutsche Kinder gebe, die ohne ordnungsgemäße Beschulung sind. Die Neubeschaffung von Lehrern sei weder rechtzeitig noch tatkräftig genug unternommen worden. So ständen für das neue Jahr an neuen Lehrkräften, nur etwa 71 Lehrer zur Verfügung.

Lodz. Der Magistrat veröffentlicht Zahlen über das deutsche Schulwesen in der Stadt, die den angeblichen falschen Ausstreuungen der deutschen Presse in Polen und im Reich über die Unterdrückung des Deutschtums in Polen entgegenwirken sollen. Darnach gab es im Schuljahr 1921/22 in Lodz folgende Schulen mit deutscher Unterrichtssprache: 22 städtische Volksschulen mit 141 Abteilungen und 6044 Schülern beiderlei Geschlechts, sowie 145 Lehrpersonen, ferner 5 Mittelschulen (4 Gymnasien und 1 Lehrerseminar) mit 56 Klassen, 2000 Schülern beiderlei Geschlechts und 105 Lehrpersonen. Diese Zahlen mögen an sich stimmen, sie befragen jedoch gar nichts gegen die von anderer Seite beigebrachten und bewiesenen Behauptungen über die mangelhafte Beschulung deutscher Kinder in den übrigen Teilen Polens.

Das polnische Abc.

Von Dr. E. v. Behrens.

Nur wilde Raubtiere können ohne Staatswesen auskommen. Die Menschen dagegen organisieren sich zuerst zu Familien, dann zu Gemeinden und endlich zu einem Staate. Es gibt verschiedene Arten von Staaten. Manche Völker ziehen es vor, von einem einzigen Willen regiert zu werden. Sie übertragen die Sorge um Verwaltung, Gerichts- und Steuerwesen, um Krieg und Frieden und überhaupt um alles, was das Schicksal des gesamten Volkes betrifft, einer einzigen besonders begabten Familie, welche sich dann Dynastie nennen läßt und aus deren Mitte ein gekrönter Monarch, ein Fürst (König, Herzog oder Kaiser) als Herr seiner Untertanen auftritt. Das Wort Monarchie stammt aus dem Griechischen und bedeutet „Alleinherrschaft.“ In Wirklichkeit jedoch gibt es eine Alleinherrschaft nur bei ganz wilden Stämmen, wo irgend ein Tyrann (Despot) seiner Willkür die Zügel schießen läßt. Solche Zustände sind heutzutage nur noch in den entlegensten Urwäldern Afrikas oder Brasiliens denkbar. Sonst hat man es bei weniger gebildeten und armen

Völkern gewöhnlich mit einer „Oligarchie“ zu tun. Dieses griechische Wort bedeutet die Herrschaft Weniger über die Mehrheit. Einige hundert oder auch tausende Familien schließen sich fest zusammen, um die ganze Gewalt für sich zu behalten. Sie halten die große Masse des übrigen Volkes durch religiösen Aberglauben, durch militärische Gewalt, durch die Macht des Kapitals oder auch durch das Gefühl der Ehrfurcht gegenüber den angeborenen (ererbten) Vorrechten eines gewissen Standes im Zaume. Um diese verschiedenen Arten von Staatswesen besser zu erläutern, wollen wir einige Beispiele aus dem Leben der Völker anführen. Im alten Ägypten gab es vor vielen Tausenden von Jahren eine Staatsverfassung, bei welcher vorwiegend der Stand der Gelehrten, die sich Priester nannten, etwas zu sagen hatte. Sie wohnten in ihren Tempeln, Klöstern, Stadtwerten und Landgütern, beschäftigten sich mit Wissenschaften, deren Kenntnis ihnen allein die Macht über das ganze Volk verschaffte, und überwachten die Geheimnisse ihrer gelehrten Künste sehr eifersüchtig. Die Geschichte Moses zeigt uns, auf welche Weise diese Priesterkaste den König Pharao und das ganze ägyptische Volk in Ehrfurcht vor ihrem Willen zu erhalten wußte. Noch vor hundert Jahren bestand in Mittel-Italien auch ein Staat mit einer ähnlichen Ordnung, wo die Priester das Regiment führten: der päpstliche Staat mit seinen Kardinälen. Hier wurde das Volk allerdings nur durch den Aberglauben von der göttlichen Gewalt des „Statthalters Gottes auf Erden“, den Papst von Rom, zum Gehorsam angehalten. Heutzutage gibt es eine solche Staatsordnung, die man mit dem griechischen Worte „Theokratie“ (zu deutsch „göttliche Herrschaft“) zu bezeichnen pflegt, nur noch in dem unzugänglichen Teile Sibiriens, in Tibet. Dort herrscht noch heute der buddhistische Hohepriester, Dalai-Lama genannt, mit seinen Bonzen. Die Herrschaft der geistlichen Oligarchen im Staate wird als die aller schlimmste Staatsordnung eingeschätzt, denn sie ist auf der ständigen Verdummung des Volkes aufgebaut und läßt keine freie Aufklärung zu. Es wird nämlich dabei die sogenannte Reaktion zur Richtschnur der ganzen Politik genommen. Das lateinische Wort „Reaktion“ bedeutet zu deutsch Rückschritt in der Bildung, also auch im allgemeinen Wohlstande der breiten Masse des Volkes.

Außer der Theokratie werden als rückschrittlich oder reaktionär auch alle anderen Formen der Oligarchie betrachtet. Es geht dem Volke auch dann nicht besonders gut, wenn die auf ihre Adels-Abstammung pochende Aristokratie das Volk beherrscht. „Aristoi“ heißt griechisch — „die Besten“, also solche Männer, welche angeblich von der besten Rasse sind und daher auch das Recht besitzen, den gemeinen Pöbel, welcher nicht zum Adel gehört, nach ihrem Willen zu regieren. Diese Regierungsform war noch vor hundert Jahren fast in der ganzen Welt verbreitet.

Plutokratie heißt jene Abart der Oligarchie, welche die Volksmasse einer kleinen Anzahl von reichen Geldsäcken unterwirft. „Plutos“ heißt zu griechisch: der Reichtum. Auch diese Form der Herrschaft Weniger über Viele hat sich bei allen Völkern der Welt und zu allen Zeiten nicht als gut bewährt. So im alten Athen, in Rom (vor 2000 Jahren in Venedig, in den Hanse-Republicen Deutschlands, in Holland (vor 200 Jahren) und in Frankreich, England und Amerika heutzutage. Die Kapitalisten reichen sich gegenseitig die Hand, pressen durch unverschämte Preise für alle Bedarfsartikel die letzten Säfte aus dem Volke und prassen in Unzucht. Man kann sie nicht einmal stürzen und durch vernünftige Gesetze ihre Schreckensherrschaft kürzen, da sie bei allen Wahlen stets die größten Schreier, Rädelsführer sind und es verstehen, sich auch die mit ihrer Hilfe durch-

gesehten Abgeordneten mit ihrem Gelde zu kaufen; durch ihre Vermittlung betreiben sie ihre Geschäfte unter dem äußeren Scheine der vollständigen Freiheit und Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetze; in Wirklichkeit wird von ihnen das ganze Volk geknechtet, ruiniert und in den Abgrund der moralischen Verkommenheit gestürzt. Diese Form der Oligarchie verbreitet sich in den heutigen Zeiten immer mehr, da der Unglauben und daher auch die allgemeine Unehrllichkeit heutzutage immer mehr um sich greifen.

Fortsetzung folgt.

„Traditionelle Toleranz“ im oberschlesischen Schulwesen.

Wir lesen in der Bromberger „Deutschen Rundschau“: Aus einer großen Anzahl von Diktanden der Wojewodschaft Schlesien wird gemeldet, daß den Erziehungsberechtigten, welche um Beglaubigung ihrer Anträge auf Errichtung deutscher Minderheitenschulen gemäß Anordnung der Wojewodschaft einkamen, amtlicherseits die Unterschrift und das Dienstiegel verweigert werden. Oft wird dabei als Begründung angegeben, daß die Beamten hierzu noch keine Diktanden erhalten hätten. Oft wird aber sogar offen von den Amtsstellen mit Terrorakten gedroht, falls die Antragsteller auf ihrem Antrag beharren. Wir lassen am besten die Meldungen für sich selbst sprechen.

Am Dienstag um 12 Uhr in der Nacht erschien eine maskierte Bande in der Wohnung des Häusers Theofil Marona in Bismarckhütte. Einer derselben postierte sich, dem „Vollswillen“ zu folgen, an der Küchentür, wodurch der Ausgang ins Freie abgeschnitten wurde. Zwei der Banditen hatten Revolver, während die drei anderen Wichte mit Schlagstöcken bewaffnet waren. Marona war um 10 Uhr von der Schicht gekommen und war im Bett. Einer der Banditen rief: „Hände hoch!“ Sie zwangen ihn, aus dem Bett aufzustehen. Er wurde nach seinem Namen gefragt. Den Namen wußten die Verbrecher. Nachdem forderten sie ihn zur Herausgabe seiner Papiere auf. Sie durchwühlten seine Behältnisse, und fragten ihn, ob er Waffen oder Munition besitze. Als sie in der Küche die Zeitung „Wanderer“ sahen, verlesen sie ihm mit den Säcken Schläge über den Kopf, so daß er dort eine blutende offene Wunde hatte. Außerdem erhielt er mehrere Schläge über die Arme und den Rücken. Von den Banditen konnte Marona keinen erkennen, weil sie Lappen vor dem Gesicht hatten. Beim Weggehen äußerte einer von den Dampfern zu Marona, daß er niemandem von diesem Vorfall etwas sagen dürfe, da er dann niederknallt würde. Ein anderer von den Banditen sagte ihm, daß er in 8 Tagen aus Bismarckhütte heraus müsse. Denselben Theofil Marona passierte am Vortage folgendes: Marona meldete seine drei schulpflichtigen Kinder für die Minderheitenschule an und begab sich zur Beglaubigung seiner Unterschrift an diesem Tage zur Polizeiverwaltung Bismarckhütte. Diese Beglaubigung wurde ihm daselbst im Zimmer 4 abgelehnt.

Ein ähnlicher Überfall wurde gegen einen Straßenbahnführer in Bismarckhütte verübt. Er selbst berichtet darüber folgendes: Am Montag, den 2. Oktober, vormittags war ich auf der Polizei in Bismarckhütte, um entgegen der Verordnung des Wojewoden meinen Antrag auf Errichtung einer Minderheitenschule für meine beiden schulpflichtigen Kinder beglaubigen zu lassen. In dem Polizeigebäude wurde ich von einem Bürger in das Zimmer 3 gewiesen. Dort befand sich ein kleiner dicker Herr mit gekräuseltem Haar. Als ich dort meine Bitte vorbrachte, gab mir dieser Beamte zu Antwort, daß er den Antrag nicht beglaubigen könne, weil er noch keine Anweisung

von „oben“ erhalten habe. Er notierte sich meinen Namen und fragte mich, wo ich wohne. Ich gab ihm dies an. Dienstag nachts um 1 Uhr klopfte es an meiner Küchentür. Als ich fragte, wer dort sei, wurde mir zur Antwort, daß es die Polizei wäre und ich solle öffnen. Ich entgegnete, daß die Polizei, wenn sie etwas von mir haben wolle, doch am Tage kommen möge. Darauf sagte einer der Draußenstehenden, daß, wenn ich nicht aufmache, Gewalt angewendet würde. Es blieb mir unter diesen Umständen nichts anderes übrig, als zu öffnen. Rumm daß ich die Tür aufschloß, ging dieselbe auf und einer der draußenstehenden Banditen, welcher eine Halbmaske vor dem Gesicht hatte, drang in die Stube herein. Er hielt mir gleich den Revolver vor die Brust und rief: „Hände hoch!“ Ich sah ich, daß ich 5 solchen Banditen gegenüberstand, von denen noch ein weiterer einen Revolver bei sich hatte. Einer dieser Banditen sagte zu mir: „Sie wollen ihre Kinder in die deutsche Schule schicken?“ Als ich dies bejahte, jahte er zu mir, daß ich innerhalb 6 Tagen Bismarckhütte zu verlassen habe. Bei der eben erwähnten Frage erhielt ich sofort mit der Hand einen kräftigen Schlag ins Gesicht, derart, daß mir durch denselben der linke Augenzahn herausgeschlagen wurde. Daraufhin gingen die Banditen an, meine Wohnung nach Waffen durchzusuchen. Auch verlangten sie von mir eine Liste aller derjenigen Eltern, die ihre Kinder in die deutsche Schule schicken wollen. Sie durchwühlten meine Behältnisse und konnten bei mir nichts finden, weil ich weder Waffen noch sonstige Urkunden bei mir hatte. In der Stube erhielt ich noch zwei weitere Ohrenfeigen. Beim Fortgehen erklärten die Banditen, daß sie in 6 Tagen wiederkämen und wenn ich bis dahin nicht fort sei, etwas Schlimmeres passieren würde. Heute früh erzählte die Tochter des im Vorderhaus wohnhaften G., daß die Banditen, bevor sie meine Wohnung aufsuchten, bei G. bereits meinen Namen nannten und nachfragten, wo ich wohne.

Nicht sonderbare Rechtsverhältnisse herrschen in Bismarckhütte, aber das ist nicht verwunderlich, wenn die Polizeigewalt in der Hand eines Mannes ruht, der Recht und Gerechtigkeit selbst mißachtet, und der deshalb für diesen Posten so geeignet ist, wie der Bod zum Gärtner. Die Eltern, die ihre Unterschriften auf den Antragsformularen beglaubigt haben wollen, werden nicht nur barmherzig angefahren, sondern es wird ihnen auch der Rat erteilt, recht bald nach Deutschland, wo es deutsche Schulen gibt, auszuweichen; ja, der Herr Amtsvorsteher Gollasch hat sich sogar schon dazu verfliegen, den betreffenden Vätern mit Prügel zu drohen. Er scheut sich auch nicht, den Eltern zu sagen, daß Banden für sie zurückschickelt worden sind. Diese Drohung wird seit einigen Tagen auch in die Tat umgesetzt. Erzielten nämlich Eltern in der genannten Angelegenheit bei ihm so erfolglos selbstverständliche die Ablehnung in der gelehrten Weise, aber dafür wird Name und Wohnung des betreffenden Antragstellers notiert. Schon in der darauffolgenden Nacht erschallt eine maskierte, mit Revolver, Gummitäschchen und Säcken bewaffnete Bande in der Wohnung und mißhandelt die Eltern in der unmenschlichsten Weise. Dabei sind die Schläge mit der wiederholten Frage begleitet, ob sie noch Vast haben, ihre Kinder in die deutsche Schule zu schicken. In einer einzigen Nacht sind sieben Familien von dieser Bande heimgeführt worden und selbst schwangere Frauen wurden hierbei in einer gemeinen Weise behandelt. Von wem haben diese Banditen erfahren, daß die betreffenden Familien den Antrag gestellt haben? Von wem so fragen wir weiter, werden diese Verbrecher obbezahlt? Wenn der Amtsvorsteher, der Hüter von Recht und Gerechtigkeit, selbst eine solche Recht

losigkeit begünstigt, also Gesetze und Verordnungen mit Füßen tritt, so braucht man sich nicht zu wundern, daß dadurch der Anarchie Tür und Tor geöffnet wird.

Ozergow. Wie der Bromberger „Deutschen Rundschau“ mitgeteilt wird, verweigern hier die Beamten die Beglaubigung der von der Wojewodschaft herausgegebenen Antragsformulare mit der Begründung, von ihren Vorgesetzten zu dieser Beglaubigung bisher keine Anweisung erhalten zu haben.

Königschütte. Als der Gattensarbeiter Paul Nowarra seinen Antrag auf Errichtung der Minderheitenschule beglaubigen lassen wollte, verweigerte der betreffende Beamte die Unterschrift. Auf den Hinweis, daß er die Anordnung, wonach die Polizei die Beglaubigungen vorzunehmen habe, im „Kurier“ gelesen habe, wurde ihm erwidert, daß für ihn, den Beamten, nur polnische Zeitungen maßgebend seien. (Dem Herrn Beamten muß wohl noch klar gemacht werden, daß für ihn allein die Anordnungen maßgebend sind).

Schloß Neudorf. Beim Präsidenten der Gemischten Kommission, Salander, ist eine Beschwerde aus Königschütte eingelaufen, in der sich 1350 Erziehungsberechtigte dagegen verwahren, daß ihre Anträge auf Errichtung einer Minderheitenschule, welche bei der Schulabteilung der Wojewodschaft Schlesien in Myslowitz eingereicht worden sind, mit der Begründung abgelehnt wurden, daß die Unterschriften der Antragsteller nicht amtlich beglaubigt seien. Um nicht Polizeistrafen wegen Schulverhinderung ausgesetzt zu sein, haben die betreffenden Eltern ihre Kinder zur Schule gebracht und hier den Antrag gestellt, ihren Kindern deutschen Schulunterricht angedeihen zu lassen. Die Direktoren der beiden Schulen erklärten jedoch, daß sie sich nach den Vorschriften ihrer vorgesetzten Behörde richten müßten, diese aber die Errichtung von deutschen Klassen nicht vorzuziehen habe. Sie verließen sich der polnische Lehrer Szyrba mehreren Eltern gegenüber folgende schwere Beleidigung: Ihr deutschen Schweine könnt nach Breslau oder Berlin gehen, hier wird nur polnisch unterrichtet.

Ozergow. Gegen Lehrer Wiczorek alte Schule, Schulstraße, ist Strafantrag wegen gefährlicher Körperverletzung gestellt worden. Er wird beschuldigt, die Schülerin Adelheid Bekt, weil sie den polnischen Kirchengefang nicht mitbringen konnte, zweimal mit dem Rock über Rücken und Arm darauf geschlagen zu haben, daß der rechte Arm einen vier Zentimeter langen oben und unten rot unterlaufenden Striemen und auf der Innenseite desselben Arms eine zweite gleichmollere blaurot gefärbte Stelle aufwies.

Konfessorialrat

Pastor Rudolf Gundlach †.

Der langjährige Pastor an der St. Trinitatis-Kirche in Lodz, Konfessorialrat Rudolf Gundlach, ist am Mittwoch, den 11. Oktober, vormittags 11 Uhr plötzlich am Herzschlage verschieden, als er unterwegs war, um einem Kranken das heilige Abendmahl zu reichen.

Der Heimgegangene war am 21. Juni 1850 in Groß-Paproc, einem Dorfe im ehemaligen Gouvernement Lomza, geboren. Sein Vater war in diesem Dorfe Lehrer und Kantor. Er besuchte anfangs das Gymnasium in Lomza und studierte sodann 1870 Theologie an der Universität in Dorpat. Am 18. April 1875 wurde er in Warschau ordiniert und verblieb ein Jahr an der dortigen Kirche als Hilfsprediger. Im Jahre 1876 begab er sich nach der Gemeinde Kamien, wo er die zerstreute Gemeinde organisierte und eine Menge Kantorate und die Kirche baute. 1884

kam er nach Wiskitki, wo er den Mittelpunkt der Gemeinde nach Zyrardow verlegte und die Erbauung der schönen Kirche in Zyrardow förderte. Im Jahre 1898 ist der Verstorbene zum Pastor der St. Trinitatisgemeinde zu Lodz berufen worden. In Lodz war er, besonders auf sozialem Gebiet, äußerst segensreich tätig. Binnen kurzer Zeit schuf er vier Kantorschulen und eine ganze Reihe anderer Organisationen, wie Jünglings-, Jungfrauen-, Frauen- und andere Vereine innerhalb seiner Gemeinde, besonders widmete er sich der Armenpflege, dem Ausbau des Waisenhauses und des Hauses der Barmherzigkeit. Sein Ruf drang bald weit über die Grenzen seiner Gemeinde hinaus. Pastor Gundlach war ein vorzüglicher Redner und beherrschte sowohl die deutsche wie auch die polnische Sprache vollkommen. Wenn der sonst so außerordentlich verdienstvolle Pastor auch Anhänger des Generalsuperintendenten Bursche und seiner Polonisierungspolitik war, so war er doch andererseits so erfolgreich und schaffensfreudig auf sozialem Gebiet tätig, daß wir seinem Hinscheiden tiefstes Bedauern entgegenbringen müssen und ihm unsere größte Hochachtung nicht versagen können. Die Bestattung des verdienstvollen Mannes erfolgte am 13. Oktober unter sehr starker Beteiligung aller Gesellschaftsschichten der Bevölkerung.

Aus Welt und Heimat.

Das diesjährige Reformationsfest. Da am 5. November die Wahlen in den Sejm und am 12. diejenigen in den Senat stattfanden, muß die diesjährige Reformationsfeier, die bekanntlich auf den 31. Oktober fällt und gewöhnlich am nächstfolgenden Sonntag gefeiert wird, verlegt werden, und zwar auf den Sonntag, den 29. Oktober. Das Konsistorium fordert alle Pastoren auf, die die Reformationsfeier in ihren Gemeinden nicht am 31. Oktober begehen, diese am 29. Oktober abzuhalten.

Agypten. Aus der ev. luth. Gemeinde Agypten — Michalki. Am Sonntag, den 24. September, sollte in Agypten eine ev. Kirchensammlung stattfinden, auf der wichtige Angelegenheiten zu beraten waren. Diese Versammlung war bereits an 3 vorangegangenen Sonntagen in den Kirchen und Bethäusern der Gemeinde bekannt gegeben worden. Aber ganz unerwartet wurde sie vom Pastor auf Freitag, den 29. September, verlegt, ohne, daß diesem Termin die gesetzlich vorgesehene dreimalige Bekanntgabe vorangegangen war. Da sehr viele Gemeindeglieder von der Versammlung an diesem Tage nichts wußten und zu ihr auch nicht erschienen waren, so ist die Mehrzahl der Gemeindeglieder auch mit den gefaßten Beschlüssen nicht einverstanden und hat gegen die Gültigkeit derselben bei dem Kirchenkollegium Protest eingelegt.

Aus Wolhynien erhalten wir Briefe über traurige Zwischenfälle in der evangelischen Gemeinde Rozyszcze. Seit einiger Zeit herrscht unter den Gemeindegliedern große Aufregung, die durch die unrechtmäßige Entlassung des seit vielen Jahren (vor dem Kriegsausbruch) bereits an der dortigen Kirche amtierenden Kantors, Herrn A. Brunsh, hervorgerufen wurde. In einem an den Kantor gerichteten Schreiben heißt es unter anderem: „Zulezt, weil die Kirchenbehörde mich schon wiederholt ersucht hat, Sie zu entlassen“. Wer diese Kirchenbehörde ist, wissen wir alle recht gut. Die Glaubens- und Volksgenossen in Wolhynien wurden am schwersten vom Kriege getroffen. Sie sehnen sich nach Ruhe und Frieden. Und nun wird Zwist und Uneinigkeit von oben hereingebracht, um auf diese Weise den Boden für die Baptistenpropaganda umso besser vorzubereiten. Schöne Missionsarbeit!

Hoher Festtag. Der Bischof der deutsch evangelischen Kirche in Siebenbürgen (Rumänien) D. Friedrich Teutsch feierte am 17. September d. J. seinen 70. Geburtstag. Zahlreiche Dankeshuldigungen gingen dem treuen und unermüdeten Kämpfer für das Wohl seiner lutherischen Kirche und seiner deutschen Volksgenossen ein. Bereits sein Vater, Georg Daniel Teutsch, der ebenfalls Bischof der siebenbürgischen evangelischen Kirche war, hat große Verdienste aufzuweisen. Er schrieb eine ausführliche Geschichte seines Sachsenvolkes, in der er die wechselvollen Geschehnisse von den Tagen der Einwanderung bis auf die Gegenwart (1550—1917) schilderte. Die geschichtlichen Forschungen des Vaters fanden beim Sohn emsige Unterstützung. Bisher sind drei große Bände der Geschichte der Siebenbürger Sachsen erschienen. Treu steht die evangelische Geistlichkeit zu ihren Gemeindegliedern, von nationalen Kämpfen hat Gott die Siebenbürger Glaubensgenossen verschont.

Die deutsche Schule in Rom hat einen Jahresbericht über das Schuljahr 1921/22 herausgegeben, aus dem hervorgeht, mit welchen Schwierigkeiten die Schule zu kämpfen hat, die wie alle deutschen Einrichtungen im Ausland unter der Entwertung des deutschen Geldes sehr schwer leidet. Es geht aber auch daraus hervor, mit welchem Idealismus die an der Schule tätigen Lehrkräfte unter Führung ihrer verdienten Direktors, Herrn Georg Reisinger, gegen alle Mißlichkeiten der Zeit ankämpfen und welche Früchte bereits diese Opfer getragen haben. Die Zahl der Schüler ist auf 49 (19 Knaben, 30 Mädchen) gestiegen und ist jetzt nahezu wieder eben so hoch, wie vor dem Kriege. Der Anteil der Deutschen an der Schülerzahl beträgt 45 Prozent, der der Italiener 35 Prozent. Der Rest der Schüler verteilt sich auf die Schweiz, England und die Oststaaten.

Estland. Das Deutschtum Estlands kann auf einen neuen stolzen Erfolg in seiner Arbeit für die Erhaltung der deutschen Schule und damit der deutschen Kultur überhaupt zurückblicken. Die freiwillige Sammlung, die vom Verein „Deutsche Schulhilfe“ im Mai d. J. in ganz Estland eröffnet wurde, hat, wie der „Revaler Bote“ meldet, einen Betrag von über 5 Millionen estnischer Mark erbracht (nach heutigem Kurs etwa 20 Millionen Reichsmark). Ein nachahmungswertes Beispiel für die Deutschen Polens.

Sielsk. Der Anschlag auf die deutsche Schule, über den wir wiederholt geschrieben haben, ist wohl vorbereitet. Die Staatsanwaltschaft sollte sich mit dieser Angelegenheit näher befassen. Es hat ganz den Anschein, als ob diejenigen, denen diese Tat zu verdanken ist, sich die Hilfe des Militärs gesichert hätten, denn es wurde beobachtet, wie polnische Schüler, unterstützt von Soldaten, Gewehre in die Schule schafften. Ganz eigentümlich ist es, wie Soldaten einfach Gewehre aus der Kaserne schaffen können, ohne daß sie angehalten werden. Unbedingt müßte auch das Militärkommando sich mit dieser Sache befassen.

Die Anstalt, um die es sich handelt, hat immer deutsche Unterrichtssprache und ist die einzige derartige staatliche Schule in Polen.

Kattowitz. Anarchie in Bismarckhütte. Wir lesen im Volkswillen: Am Mittwoch, nachts 2 Uhr, erschien in dem von dem Küster Rafael Grusht bewohnten Hause eine bewaffnete Bande von ungefähr zehn Personen. Sie brachen das Türfutter seiner Wohnung gewaltsam auf und drangen in die von ihm bewohnten Räume ein. Die Eindringlinge hielten dem Küster die Pistolen vor die Brust und forderten ihn auf, das von ihm aufbewahrte Geld herauszugeben. Den Banditen fielen 15 000 Mark Kirchengelder und 5300 Mark Privatgeld in die Hände, außerdem Uhren,

Ketten, ein Plüschmantel und Wäsche. Darauf wurde der Küster mit Gummiknüppeln mißhandelt und ihm bedeutet, innerhalb zweier Tage den Ort zu verlassen.

Der Leiter der Polizei, Hauptwachmeister Kandziora, wurde nachts gegen halb drei Uhr auf dem Wege von Neuheiduk nach Bismarckhütte, unweit des Sägewerks Sheck meudlings ermordet. Seine Leiche wurde in der Nähe der Schrebergärten gestern morgen gefunden. Wahrscheinlich liegt ein Racheakt vor, da Kandziora seinerzeit bei den Unruhen in Bismarckhütte die Leitung der Abwehrmaßnahmen gegen die Demonstranten hatte.

Bekämpfung der Unzucht. Im Ministerium für öffentliche Gesundheit fanden unter Teilnahme des Innenministers Beratungen des Hauptkommandos der Staatspolizei und des Warschauer Polizeikommissariats statt, auf denen beschlossen wurde, der Sittenpolizei entsprechende Vorschriften für den Kampf mit der Unzucht zu geben.

Eine köstliche Wilderer Geschichte, die der richterlichen Seelenkurde ein prächtiges Zeugnis ausstellt, wird in der Jagdzeitung „St. Hubertus“ erzählt: Ein Forstbeamter hatte mehrere Wilderddiebe ertappt, als sie gerade dabei waren, ein Stück Rotwild aufzubrechen, wobei sie ihre Flinten beiseite gestellt hatten. Bevor jedoch der Beamte so weit kam, die Kerle feststellen zu können, ergriffen sie die Flucht, ihre Flinten zurücklassend. Der Förster nahm die Gewehre an sich und machte dann, da er die Persönlichkeiten nicht genau erkannt hatte, eine Anzeige auf starken Verdacht hin. Vor Gericht leugneten die Angeklagten, keiner wollte es gewesen sein, ebensowenig wollten sie die Flinten, die auf dem Gerichtstisch lagen, als ihr Eigentum anerkennen. Da sie nicht überführt werden konnten, sagte der Richter schließlich in gleichgültigem Tone: „Na, Ihr seid es also nicht gewesen. Nun kann jeder sein Gewehr nehmen und wieder heimgehen.“ Die Wirkung war verblüffend. In unbedachter Freude über diesen glücklichen Ausgang griff ein jeder der Wilderer nach seiner Flinte, um sich damit zu entfernen. Nicht minder schnell war aber auch der Staatsanwalt bei der Hand, um jezt die Anklage mit größerem Erfolg ins Werk zu setzen.

Die Juwelen des russischen Kronschatzes. Der „Manchester Guardian“ ist in der Lage, die erste photographische Aufnahme, die von dem russischen Kronschatz gemacht wurde, seinen Lesern zu unterbreiten. Man sieht auf dem Bilde die mit der Beaufsichtigung und dem Verkauf des Schatzes betrauten 8 Volkskommissare der Sowjets-Schatzverwaltung und die Wachen, Männer in russischen Bauernhemden, die keinen Blick von den Kostbarkeiten wenden, die auf einem langen Tisch aufgehäuft sind. Unter ihnen befinden sich unschätzbare Stücke aus den Zeiten Katharinas II. und Pauls I. Das Hauptstück ist die auf erhöhtem Riffen ruhende Zarenkrone, die für Katharina II. angefertigt wurde und die den großen unbeschnittenen Balas-Rubin trägt, der im 17. Jahrhundert von Peking nach Rußland gebracht wurde. Das quer vor der Krone liegende Szepter trägt den weltberühmten Diamanten, den Orlov, der aus dem Thronstuhl Nadir Schahs stammt und, nach dessen Ermordung durch einen armenischen Kaufmann erworben, um 450 000 Silberrubel und einen Adelsbrief in den Besitz Katharinas II. überging. Ein daneben aufgestellter juw. langeschmückter Fächer zeigt das einzig erhaltene Bild des Palastes Alexanders I., der in der Folge von Paul I. niedergebissen wurde. Eine für den 12-jährigen Paul I. angefertigte Pelztasche ist mit 18 000 Steinen besetzt, die ein Gewicht von 8000 Karat haben. Man sieht ferner 4 kleinere Kronen, darunter die Hochzeitskrone mit einem besonders großen Diamanten.

Ein Schwein — ein Haus. Ein Einwohner in Frankenhausen (Deutschland) kaufte sich vor einem halben Jahr von der Baugesellschaft ein Haus für 47 000 M. und wollte die Summe ratenweise abzahlen. Von seinen beiden fetten Schweinen verkaufte er jetzt eins für 48 000 M., so daß er den Kaufpreis für das Haus ganz abtragen konnte.

Ein seltsamer Widerruf. Abraham a Santa Clara der berühmte volkstümliche Wiener Augustinermönch und Hosprediger des 17. Jahrhunderts, pflegte mit schonungslosem Spott, viel Witz und derber Eindringlichkeit die Unsitten seiner Zeit von der Kanzel herab zu geißeln. — Als es in Wien Mode wurde, tief ausgeschnittene Kleider zu tragen und selbst die Kaiserin diese Mode mitmachte, eiferte er erklärlicherweise gegen diese neue „Unsitte“ mit allen Mitteln seines Wortes und schloß seine Rede mit dem Satz: „Weiber, die sich so sehr entblößen, sind nicht wert, daß man ihnen ins Gesicht spuckt!“ Der Kaiserin kamen diese Worte bald zu Ohren und voller Empörung verlangte sie den Widerruf, sonst verliere der Hosprediger Amt und Würden. Abraham tat es am nächsten Sonntag folgendermaßen: „Ich sagte nämlich, Weiber, die sich so entblößen, seien nicht wert, daß man ihnen ins Gesicht spuckt. Dies widerrufe ich hiermit feierlichst und erkläre: sie sind es wert!“

Millionuwka. Bei der Ziehung am Sonnabend, den 14. Oktober, fiel der Gewinn auf die Nr. 3,963,761 die nach Warschau verkauft wurde.

Polnische Börse.

	10. 10.	12. 10.	14. 10.
1 amer. Dollar	10500 Mk.	9800 Mk.	10375 Mk.
1 Pf. Sterling	46300	42900	46150
1 franz. Frank	806,50	754	790
1 deutsche Mark	4,10	4,25	3,85

Warschauer Getreidebörse. 12. Oktober.

Roggen aus Kongresspolen — 20,300, Posener Roggen — 20,300, Weizen aus Kongresspolen — 35 600, Posener Hafer — 22,300 — 22,400, Gerstengröße — 37,500 — 38 000, Posener Brauereigerste — 21,250, Weizenmehl (50 prozentig laut Probe) — 58,5 00, Weizenmehl 50 prozentig — 58,000, Weizenmehl 65-prozentig — 53,500 Mark.

Danziger Getreidebörse. 12. Oktober.

Roggen — 2000, Weizen — 3200, Gerste — 2000, Hafer — 2400, Erbsen — 4000.

Wochenschau.

Polen. Zwischen dem Bloc der Rechten, dem Nationaldemokratischen Verband und dem Mittelblock Skluskis soll ein Abkommen getroffen worden sein, um die Kandidatur Paderewskis für den Posten des Staatspräsidenten zu unterstützen. Gleichzeitig treffen aus Amerika Nachrichten ein, wonach derselbst Paderewski in gewissen polnischen Kreisen als künftiger König Polens gefeiert und von einem Geistlichen sogar mit „königliche Majestät“ angesprochen worden sein soll. Gewissen polnischen Kreisen scheint demnach der Weg des Königs der Däne über den Posten eines Staatspräsidenten hinweg zum polnischen Königsthoron weder unendlich noch schwer. Wir möchten diese phantastische Möglichkeit doch stark bezweifeln.

Aus Warschau wird gemeldet, daß die polnische Regierung sich erhätig gemacht hat, zehn Prozent der österreichischen Anleihe zu garantieren. Dieser Anteil soll durch Getreide gedeckt werden.

In Kattowitz ist der schlesische Landtag mit einer Begrüßungsansprache des Minister-

präsidenten Nowak eröffnet worden. Da die für den Landtag bestimmten Räumlichkeiten noch nicht hergerichtet sind, werden die Sitzungen des Landtages vorläufig im Empfangssaal des Wojewodschaftsgebäudes stattfinden. Zum Vorsitzenden (Marschall) des schlesischen Landtages ist Dr. jur. Konstanty Wolny (Nationaler Bloc) gewählt worden, zu Vizemarschällen Eduard Planel (Deutsche Partei), Josef Pinskielwicz (N. P. S.), Michal Grojla (N. P. R.) und Redakteur Kazimierz Kalsowski (Nationaler Bloc). Als amtliche Sprache hat nur die polnische Sprache zu gelten, während die deutsche Sprache nur bei mündlichen Verhandlungen gestattet ist.

Letland. Bei den Parlamentswahlen erhielt die Bauernpartei die meisten Stimmen, danach folgten die Sozialisten und als drittes das Zentrum. Fast 90 Prozent der Wahlberechtigten hatten sich an den Wahlen beteiligt.

Rußland. Das Finanzkommissariat hat dem Rate der Volkskommissare einen Plan des Staatshaushalts für das letzte Vierteljahr d. J. unterbreitet, der auf 1 Quadrillion 500 Trillionen Sowjetrubel berechnet wurde. Am 1. Juni d. J. waren „nur“ 817 Trillionen Papierrubel im Umlauf, eine Summe die sich nur schwer vorstellen läßt. Denken wir uns, daß all dies Papiergeld auf Millionenbanknoten umgeändert würde und man diese Noten in eine geschlossene Kette nebeneinander legen würde, würden sie den ganzen Äquator bedecken, also rund um die Erde reichen und es bliebe noch ein hübsches Häufchen übrig. Und der wirkliche Wert dieser Trillionen? Am 20. Juni d. J. war die Kaufkraft des heutigen Rubels 4.500.000-fach niedriger als des normalen Rubels. Die Kaufkraft der Sowjet-Trillionen beträgt bloß 72 Millionen Rubel der Vorkriegszeit. Im Frieden aber waren in Rußland 2400 Millionen Rubel im Umlauf.

Die Sowjets bemühen sich um ein Bündnis mit der Mongolei, Persien, Afghanistan und Buchara. Sie wollen eine Ost-Orientale bilden, um sie der großen und kleinen Entente in Europa gegenüberzustellen und so der Stimme der Sowjets mehr Geltung zu verschaffen.

Auf Grund eines Beschlusses des Peterburger Volkungrates wurde die Stadt Gatschina in Trojistschi umbenannt.

Deutschland. Der schwedische Ministerpräsident Branding hat dem deutschen Reichspräsidenten Ebert einen Besuch abgestattet und mit ihm die Frage des Beitritts Deutschlands zum Völkerverbund besprochen. Ebert äußerte hierbei die Bedenken der amtlichen deutschen Kreise und wies darauf hin, daß Amerika bisher dem Völkerverbund auch noch nicht beigetreten sei.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen in Dresden nehmen einen relativ günstigen Verlauf. Die zuerst aufgetretenen Differenzen gelten durch Entgegenkommen auf beiden Seiten als beigelegt. Wenn nicht neue Schwierigkeiten auftreten, dürften die Dresdener Verhandlungen spätestens in acht bis zehn Tagen zum Abschluß gebracht werden.

In Leipzig hat der Prozeß gegen die Rathenau-Mörder begonnen. Der Generalstaatsanwalt forderte für die Angeklagten Werner Tschow 4 Jahre und 3 Monate Gefängnis, für Günther 4 Jahre und 4 Monate Gefängnis, für Albrig und Salamonow je 5 Jahre Gefängnis, für Hellmann 4 Jahre und 9 Monate, für Schutt und Fiol 3 Jahre und 6 Monate und für Tillmann 3 Jahre Gefängnis. Tschow hat gestanden, daß ihn Kern zur Teilnahme an der Ermordung gezwungen und ihn, für Weigerung mit dem Tode bedroht habe. Das Urteil wurde am 14. Oktober

gefällt und Ernst Tschow zu 15 Jahren schweren Kerkers und 10 jährigem Verlust der Bürgerrechte verurteilt, sein Bruder für Beihilfe zu 4 Jahren Gefängnis und Verlust der Bürgerrechte für die Dauer von 10 Jahren, Fildesen — zu 3 Jahren Gefängnis. Die Verurteilten haben die Gerichtskosten zu tragen. Von den übrigen Angeklagten wurden 3 freigesprochen und die restlichen zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt.

Südslawien. In Montenegro, das die Südslawen (Serben)erobert haben, ist ein Aufstand ausgebrochen. Rapopowitsch, der Führer der Aufständischen, hat eine Proklamation veröffentlicht, in der er die Unabhängigkeit der Provinzen Antivari und Dulcinra erklärt.

Dänemark. Der Ministerpräsident Neergaard hat dem König die Demission des Kabinetts unterbreitet. Der König hat den Rücktritt von drei Ministern angenommen und gleichzeitig deren Vertreter ernannt. Die übrigen Minister verbleiben auf ihren Posten.

Türkei. Die Verhandlungen in Mudania sind, wie zu erwarten war, wieder aufgenommen worden. Der türkische Vertreter, Ismed, hat einen mehr versöhnlichen Standpunkt eingenommen und die türkischen Vorposten aus der Umgegend Scharwaks zurückgezogen. Die griechische Regierung hat sich mit der Räumung Ostthraziens einverstanden erklärt. Die ersten Schritte zu einer Lösung des Friedensproblems sind nunmehr getan worden. Am 1. November soll in Skatari die Friedenskonferenz eröffnet werden. Am 11. Oktober waren die Verhandlungen so weit vorgeschritten, daß der Vertrag von Mudania unterzeichnet werden konnte. Die griechischen Truppen müssen Thrazien binnen 14 Tagen verlassen. Die Zivilverwaltung des Landes wird wieder den Türken überwiesen.

Griechenland. Aus Athen wird berichtet, daß in Adriavopel unter den griechischen Truppen eine Revolte ausgebrochen sei. Militärische Abteilungen plündern die Stadt. Viele Offiziere wurden ermordet. Die Truppen veranstalten Umzüge mit roten Fahnen.

Druck: Verlagsgesellschaft „Lodzer Freie Presse“
m. b. H., Petrikauer Straße 86.
Leiter: Dr. E. von Behrens.

Spargelder

verzinsen wir
bei täglicher Kündigung mit 8%
• wöchentlich „ „ 10%
• 1/2jähr. „ „ 12%
• längerer Kündigung nach Vereinbarung

Deutsche Genossenschaftsbank in Polen

W. G.
Lodz, Aleje Kosciuszki 45/47. 88

Landwirtschaftliche Maschinen

halten wir vorrätig:

Dreschmaschinen, Sämaschinen, Rostwerke, Kultivatoren, Saateggen, Pflüge, Puhmühlen, aut. Pferderechen, Kartoffeldämpfer, Rübenschnneider, Milchzentrifugen, Kartoffelhackmaschinen, Sensen, Jaucheverteiler usw.

Manufaktur-Waren

Sämtliche Weißwaren, Baumwollwaren und Wollwaren.
Preise billig — Waren gut

Deutsche Genossenschaftsbank in Polen

Aktiengesellschaft
Lodz, Aleje Kosciuszki 45/47. 23